

Am 24. Januar, wenige Tage nach den Vorträgen von Kardinal Ratzinger hielt sich eine vierköpfige französische Bischofsdelegation, geleitet von Bischof Boffet von Montpellier, dem Vorsitzenden der Kommission für religiöse Erziehung, zu Gesprächen mit der Glaubens- und Kleruskongregation in Rom auf. Es handelte sich dabei schon um das fünfte Gespräch zwischen der französischen Bischofskonferenz und den römischen Instanzen, bei dem Fragen im Zusammenhang mit den neuen katechetischen Büchern geklärt werden sollen. Dabei geht es vor allem um mögliche Änderungen in „Pierres vivantes“ sowie um die Frage, inwieweit auch die einzelnen „Parcours catéchétiques“ ein römisches Imprimatur brauchen. Dazu kommt, daß auch im französischen Episkopat die Meinungen inzwischen nicht mehr ganz einheitlich sind: So berichtete „Le Monde“ (4. 2. 83), in der Umgebung des Erzbischofs von Paris sei zu hören gewesen, man habe mit der Vortragsreihe im Januar kritische Stimmen zur katechetischen Neuorientierung in Frankreich zu Wort kommen lassen wollen; in Lyon habe man sich dagegen von der Einladung der ausländischen Bischöfe eher Unterstützung für die französische Position versprochen.

In der offensichtlichen Absicht, die Kontroverse einstweilen zu entschärfen, erschien anläßlich der Tagung des Ständigen Rates der Französischen Bischofskonferenz am 17. März eine gemeinsame Erklärung von Kardinal Ratzinger und dem Konferenzvorsitzenden, Bischof Jean Vilnet, in der u. a. beteuert wird, Ratzinger habe über die „globale“ Situation der Katechese gesprochen, und nicht die katechetische Arbeit in Frankreich „desavouieren“ wollen.

Verschiedene Wege – gleiche Fragen

Die Fragen, die Kardinal Ratzinger in Paris und Lyon ansprach, betreffen nicht nur die französische Kirche, wo die Auseinandersetzungen um die Katechese durch die innerkirchliche Polarisierung mitgeprägt und auch verschärft werden, sondern auch andere

Ortskirchen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten um katechetische Neuansätze bemüht haben. Dabei geht es sowohl um die „neue Katechese“, wie sie Ratzinger mit einem sicher verkürzenden Oberbegriff nannte, im allgemeinen wie im besonderen um den Stellenwert, der im Ganzen der Glaubensvermittlung und -unterweisung dem Katechismus zukommen soll.

Gerade im zweiten Punkt haben die einzelnen Ortskirchen unterschiedliche Wege eingeschlagen. Neben dem französischen Modell ist hier besonders das Vorgehen der *italienischen Bischöfe* zu erwähnen: Auch sie verzichteten auf einen Einheitskatechismus, ersetzten ihn aber durch eine ganze Reihe von Katechismen für die ver-

schiedenen Altersstufen, vom Katechismus für Kinder (1973 erschienen), bis zum Erwachsenenkatechismus von 1981. Als Grundlage für die gesamte Arbeit diente ein 1970 verabschiedetes Basisdokument (vgl. HK, April 1982, 197–198). In der *Bundesrepublik* stellt sich die Lage bekanntlich nochmals anders dar. Die zwei neuen Katechismen, die in den letzten Jahren erschienen (vgl. zu „Botschaft des Glaubens“ HK, Januar 1979, 30–36; zu „Grundriß des Glaubens“ HK, August 1980, 404–408) sind beide von der Bischofskonferenz als Lehrmittel zugelassen worden. Damit ist aber, wie schon die lebhafteste Diskussion über die beiden Bücher zeigte, die „Katechismusfrage“ im deutschen Katholizismus nicht erledigt. U. R.

Entwicklungspolitik: Wende wie weit und wohin?

Zu den großen Wahlkampfthemen in den Wochen vor dem 6. März gehörte die *Entwicklungspolitik* nicht. Dennoch zählte sie zu den Gebieten, auf denen die Übergangsregierung Kohl/Genscher vergleichsweise deutlich Flagge zeigte. Und das, obwohl ein Neuling in Sachen Entwicklungspolitik aus Gründen des Parteiproporz innerhalb der Bundesregierung Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) wurde, der CSU-Abgeordnete *Jürgen Warnke*. Mitte Februar, noch rechtzeitig zur Wahl, legte dieser den Fünften Entwicklungspolitischen Bericht vor. Unter der Federführung seines Vorgängers *Rainer Offergeld* (SPD) war der Bericht bereits weitgehend fertiggestellt worden. Minister Warnke ließ ihn noch überarbeiten und mit eigenen Akzenten versehen.

Minister Warnkes neue Akzente

Was diese eigenen Akzente betrifft, so knüpfen sie, wenn auch unauffällig, an das an, was Jürgen Warnke seit seinem Amtsantritt im vergangenen Herbst immer wieder als Richtschnur seiner Poli-

tik ausgegeben hat: *Privataaten Initiativen* wird de Vorzug gegeben. Die Entwicklungsländer will man verstärkt zu *Eigenleistungen* anregen. Mittelstand und Handwerk sollen vorrangig in den Genuß deutscher staatlicher Entwicklungshilfe kommen sowie vor allem solche Länder, die gewillt sind, ihre eigenen Wirtschaftssysteme marktwirtschaftlich und ihr politisches System pluralistisch zu organisieren. Die Bundesregierung möchte wieder stärker mitsprechen bei der Planung und Ausgestaltung von Projekten. Verstärkte Berücksichtigung finden sollen die eigenen deutschen Interessen in bezug auf die Sicherheits- und Beschäftigungspolitik. So zeigte sich der Entwicklungsminister wiederholt unzufrieden über den Anteil entwicklungspolitisch verwendeter Gelder, die in Form von Aufträgen der Entwicklungsländer an die bundesdeutsche Wirtschaft wieder zufließen. „Partnerschaftlicher Interessenausgleich“ heißt die entwicklungspolitische Losung.

Die Unterschiede zwischen dem Entwurf des Fünften Entwicklungspolitischen Berichtes von Minister Offergeld und der überarbeiteten Fassung

von Minister Warnke charakterisierte der ehemalige Leiter des Planungsreferates des BMZ, *Michael Bohnet*, in drei Punkten: Kritische Anmerkungen zur Nord-Süd-Politik der Vereinigten Staaten seien weggefallen; der Nord-Süd-Dialog und die Bedeutung multilateraler entwicklungspolitischer Zusammenarbeit würden zurückhalten beurteilt; ein Abschnitt, in dem erklärt werde, daß es gefährlich sei, Vorgänge in der Dritten Welt aus der Perspektive des Ost-West-Gegensatzes zu beurteilen, sei gestrichen worden.

Zur allgemeinen Lage der Entwicklungspolitik stellt der Bericht fest, daß die Entwicklungsaussichten der Dritten Welt seit der letzten Ölkrise und seit dem Rückschlag der Weltwirtschaft unsicherer und ungünstiger geworden seien. Wie sehr sich die weltweit wirtschaftlich schwierige Situation auf den Nord-Süd-Dialog insgesamt auswirkt, dokumentiert auch der im Februar der Öffentlichkeit vorgestellte zweite Bericht der vom SPD-Vorsitzenden *Willy Brandt* geleiteten „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ unter dem Titel „Hilfe in der Weltkrise“ (Rowohlt, Reinbek b. Hamburg, 1983). Die *weltwirtschaftlichen Rahmendaten* hätten sich für die Entwicklungsländer deutlich verschlechtert. Die hohe Verschuldung von Dritte-Welt-Ländern einschließlich der durch sie bedingten Folgekosten erschwerten die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder erheblich. Die Bundesregierung will daher die bereits vorhandene Verschuldung eines Entwicklungslandes in Zukunft bei der Vergabe neuer Mittel als Kriterium mitheranziehen. Der entwicklungspolitische Bericht fordert außerdem die Länder der Dritten Welt auf, nicht durch zu hohe Rüstungsausgaben wirtschaftliche und soziale Reformen zu verhindern. Die Rüstungsausgaben stellten insgesamt ein bedeutendes Entwicklungshemmnis dar und führten obendrein zu einer zunehmenden Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Rüstungsexportierenden Ländern.

Warnkes entwicklungspolitische Wende und – etwas abgeschwächt – Äuße-

rungen im Zusammenhang mit dem entwicklungspolitischen Bericht zogen einige *Kritik* auf sich, und zwar nicht nur aus der sozialdemokratischen Opposition. Die starke Anbindung der Entwicklungshilfe an die eigenen Interessen führten zum Vorwurf, die Entwicklungspolitik werde vor den Karren der deutschen Beschäftigungs- und Sicherheitspolitik gespannt. Die Entwicklungspolitik werde so *sachfremden Kriterien* unterworfen. Viele fühlten sich in die Anfänge entwicklungspolitischer Bemühungen zurückversetzt, in eine Zeit, in der westliche Vorstellungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung fraglos Pate standen bei der Beschreibung des Zieles, auf das hin man die „unterentwickelten“ Länder zu entwickeln gedachte. Die Tage, in denen die Fraktionen aller drei im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsame Grundsätze für die Entwicklungspolitik als *14-Punkte-Erklärung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit* verabschiedeten (vgl. Das Parlament, 27. 3. 82 und damit einen weitreichenden Konsens erreichten, dürften wieder vorbei sein.

Wer bestimmt künftig die Entwicklungspolitik?

Vor voreiligen Schlüssen ist jedoch aus verschiedenen Gründen zu warnen: Bei knapper werdendem Geld wird sich jeder Entwicklungsminister einer *verschärften Effizienzkontrolle* gegenübersehen, so schwierig die Beurteilung entwicklungspolitischer Erfolge auch sein mag. Außerdem läßt sich die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik nicht in einem halben Jahr auf den Kopf stellen. Jeder Minister ist durch langfristige Verträge und Projekte gebunden. Sein Spielraum ist weitaus enger, als es unter dem Druck, dem Wahlbürger eine Wende demonstrieren zu wollen, erschien. Im übrigen war es nicht so, daß die bis zum Regierungswechsel praktizierte Entwicklungspolitik auf eigene Interessen keine Rücksicht nahm. So flossen auch bislang schon rund 70 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe als Aufträge wieder in die deutsche Wirtschaft zurück.

Offen ist, inwieweit der Kurs, den Warnke in den zurückliegenden sechs Monaten einschlug, innerhalb der Unionsparteien Bestätigung findet. Immerhin verfügt die CDU über eine Reihe von *ausgewiesenen Experten* in Sachen Entwicklungspolitik, die die Akzente in der Vergangenheit etwas anders setzten. So beeilte sich der Berliner Wirtschafts-Senator *Elmar Pjeroth* Ende des vergangenen Jahres mit der Feststellung, auch wenn der bundesdeutschen Entwicklungspolitik eine „bessere Mittellage“ not tue, so gelte für die Union doch auch weiterhin der Satz: „Jeder Arme ist unser Freund“. Diesen Armen müsse geholfen werden, ob in El Salvador oder in Nicaragua (vgl. FAZ, 2. 12. 82).

Erhebliche Kritik an dem eingeschlagenen entwicklungspolitischen Weg hat der ehemalige Kultusminister und heutige Fraktionsvorsitzende der CDU im niedersächsischen Landtag, *Werner Remmers*, geübt. Bei der Eröffnung der 25. Fastenaktion von Misereor in Fulda äußerte er Zweifel daran, daß durch eine stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen bei der Entwicklungshilfe sich viel ändern lasse an der wirtschaftlichen Situation im eigenen Land. Bei ersten Schwierigkeiten komme aber Solidarität mit den Hungernden in anderen Ländern offenbar schnell an seine Grenzen. Remmers betonte, daß „die finanzielle und sozialpolitische Krise des Daseinsvorsorgestaates nicht auf Kosten der Länder der Dritten Welt geheilt werden“ dürfe.

Remmers ging in der gleichen Rede auch auf Änderungen des entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung in Zusammenhang mit der Situation in Südafrika ein. Offenbar würden die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika von der Menschenrechtsfrage abgekoppelt, und nur ein vermutlich folgenloser Appell für Versöhnung und Ausgleich bleibe übrig. Remmers bezeichnete es als eine „makabre Situation“, daß sich die Fastenaktion Misereor für die Menschenrechte in Südafrika einsetzen wolle, während man gleichzeitig in der Bundesrepublik die Probleme Südafrikas „hinter einer Nebelwand eines huma-

nitären Appells zurücktreten und die wirtschaftlichen Interessen hervortreten läßt“.

Strauß und die Wahrheit über Südafrika

Wenige Tage nach der Eröffnungsveranstaltung der Fastenaktion ließ der bayerische Ministerpräsident *Franz Josef Strauß* den Inhalt gleichlautender Briefe an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Kölner Kardinal *Joseph Höffner*, und den Präsidenten des Hilfswerks Misereor, den Augsburger Bischof *Josef Stimpfle*, veröffentlichen (Passauer Neue Presse, 24. 2. 83). Der bayerische Ministerpräsident warf Misereor darin eine *einseitige Darstellung der Lage in Südafrika* vor. Die Darstellung, nach der Südafrika „alle Merkmale von Unterentwicklung und Elend“ zeige, bezeichnet er vor allem auch in Hinblick auf die Verletzung der Menschenrechte als „nachweislich falsch“. Strauß befürchtet, daß die Aktion „in eine auch von der Kirche sicher nicht erwünschte Konfrontation mündet, die letztlich die segensreiche Tätigkeit der katholischen Kirche in Südafrika nicht fördert, sondern ihr schadet“. „Bei allem Ärger und bei aller Empörung über die Politik der Apartheid in Südafrika“ dürfe nicht vergessen werden, daß es ein vielrassiger Staat sei, „in dem die Forderung „one man – one vote“ auf das ganze Staatsgebiet gleichermaßen angewandt, weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen und die zivilisatorischen Er-

rungschaften, die auch ein Ergebnis der Arbeit der Schwarzen sind, allmählich wieder zerstören würde“.

Kardinal *Höffner* antwortete Strauß mit dem Hinweis, daß man sich gründlich über die Lage in Südafrika informiert und mit den Bischöfen des Landes abgesprochen habe. Er könne sich nicht vorstellen, „daß die südafrikanischen Bischöfe Vorstellungen über ihr Heimatland haben, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben“. Der Südafrika-Referent von Misereor, *Günther Thie*, erklärte, die Fastenaktion sei von Anfang an mit den Bischofskonferenzen beider Länder abgesprochen worden (Frankfurter Rundschau, 2. 3. 83). Remmers hatte in seiner Rede ausdrücklich begrüßt, daß Misereor Südafrika in den Mittelpunkt seiner diesjährigen Informationsarbeit gestellt habe. Gerade im Fall von Südafrika bestehe die Gefahr, daß „hinter der glänzenden Fassade eines hochentwickelten Staates die Not nicht erkannt und Unrecht verborgen bleibt“.

Der von Strauß entfachte Streit über die Südafrika-Aktion Misereors soll übrigens laut gemeinsamer Mitteilung demnächst in einem persönlichen Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und dem bayerischen Ministerpräsidenten geklärt werden. Er dürfte mehr sein als nur eine Auseinandersetzung um die richtige Einschätzung der Lage in Südafrika. Was letztlich zur Debatte steht, ist das Bemühen von Misereor, im Rahmen seiner Informations- und Bildungsarbeit *gesellschaftspolitische*

Fragen so einzubeziehen, wie dies gerade auch von kirchlichen Amtsträgern in Ländern der Dritten Welt immer stärker getan wird. Die Diskussionen, wie die momentane über Südafrika, sind auch im Zusammenhang mit anderen Ländern denkbar. „Teilnahme an den Sorgen der Partnerkirche“ – so die Überschrift über die Arbeit von Misereor – geht von den in den Ortskirchen gewählten Optionen aus. Daß die Arbeit eines Werkes wie Misereor dadurch auch im eigenen Land angreifbar wird, muß in Kauf genommen werden.

Wird es für die Kirche schwerer?

Die Diskussionen über die Entwicklungspolitik der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher und über die Fastenaktion von Misereor fallen nicht ganz zufällig zusammen: Was zeitlich zufällig zusammenfällt, zeigt gemeinsame Konturen, und zwar eine auch in der Union umstrittene Linie führender CSU-Vertreter. Für die Entwicklungspolitik der kommenden vier Jahre wird einiges davon abhängen, ob es der CSU gelingt, mit Hilfe des BMZ einen nachhaltigen Einfluß auf die Außen- und vor allem auf die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik auszuüben. Zu Zeiten der sozialliberalen Koalition war die Entwicklungspolitik ein Bereich besonders guter Zusammenarbeit zwischen Regierung und kirchlichen Stellen. Ob das auch in Zukunft so bleiben wird, bleibt abzuwarten. K. N.

Mehr Kontinuität als Wende

Die Wahlen vom 6. März

Der Weg zu den Wahlen vom 6. März war mit einer Menge Unsicherheiten, Widersprüchlichkeiten, auch Irritationen gepflastert. Ein Kuriosum am Rande, das wohl einmalig ist bei Wahlen: Briefwahlunterlagen waren bereits verschickt und einzelne Briefwähler hatten auch schon gewählt, noch bevor feststand, ob überhaupt gewählt werden durfte. Das Bundesverfassungsgericht, das sich durch die Klagen von vier Abgeordneten nicht übermäßig unter Zeitdruck setzen lassen wollte, kam dann am

Aschermittwoch zu einem zwar nicht einstimmigen, aber doch glatten, wenn auch in seinen Begründungen eher verfänglichen Urteil. Immerhin entschloß sich das Gericht entgegen einer sonst herrschenden Tradition zu politischer Zurückhaltung und gab den Weg frei. Es wäre nicht auszudenken gewesen, was passiert wäre, hätten die Karlsruher Richter die Bedenken der vielen Staats- und Verfassungsrechtler und ihrer journalistischen und politischen Begleitargumentierer – so mancher schrieb